

IV Zusammenfassende Diskussion

1 Familienbezogenes Präventionsangebot in der Eltern- und Familienbildung

Aus forschungsökonomischen Gründen wurde in unserer Bestandsaufnahme keine Totalerhebung vorgenommen, sondern eine repräsentative Stichprobe von jeweils einem Drittel der verschiedenen Einrichtungen gezogen. Insgesamt konnten so Daten von 883 Einrichtungen ausgewertet werden. Das entspricht einer Rücklaufquote 42,4 Prozent und liegt im Rahmen früherer Befragungen in diesem Bereich. Angesichts der breit gestreuten und vergleichsweise umfangreichen Befragung ist diese Quote sehr zufrieden stellend.

Insgesamt wurden von den antwortenden Einrichtungen 27796 Angebote genannt, die in den in unserer Studie abgegrenzten Bereich familienbezogener Bildungsmaßnahmen fallen. Eine Hochrechnung, die die Rücklaufquote und die Stichprobenziehung berücksichtigt, ergibt für das Jahr 2004 eine Gesamtzahl von etwa 197000 Veranstaltungen, die von den in der Befragung repräsentierten Einrichtungen angeboten wurden. Bei rund neun Millionen Familien mit minderjährigen Kindern, die 2004 in Deutschland lebten (Mikrozensus 2004), entspricht das im Durchschnitt einem Angebot für je 46 Familien. Da Angebote für Familien mit jungen Kindern überwiegen, in der Bevölkerung aber von einer annähernden Gleichverteilung über die Altersphasen ausgegangen werden kann, ergibt sich für junge Familien eine höhere Versorgungsleistung als in späteren Familienphasen. Die genannte Zahl der Angebote ist insofern eine Unterschätzung, da eine Reihe von Einrichtungen, die ebenfalls entsprechende Kursangebote machen, nicht befragt wurden (z.B. Volkshochschulen). Angebote, die auf privater oder privatwirtschaftlicher Initiative basieren, und deren Anbieter nicht in breitere Organisationen eingebunden sind, wurden nur partiell erfasst. Hinzu kommen Angebote, die zwar im weiteren Sinn zur Familienbildung zählen, aber aus dem hier definierten Rahmen fallen, da es sich bei ihnen nicht um erziehungsbezogene Bildungsangebote handelt (z.B. hauswirtschaftliche Angebote, Kochkurse u.ä.).

1.1 Anbieter

Als zentrale Anbieter erweisen sich erwartungsgemäß die Familienbildungsstätten. Die antwortenden Einrichtungen berichten aus dem Jahr 2004 von knapp 13000 Angeboten im Sinne unserer Definition. Eine Hochrechnung führt zu einem einschlägigen Angebot von etwa 100000 Maßnahmen, die in Deutschland von Familienbildungseinrichtungen durchgeführt

werden. Im Mittel beträgt der Anteil der auf die Förderung von Erziehungskompetenzen bezogenen Bildungsmaßnahmen in den Familienbildungsstätten etwa 50 Prozent. Somit decken sich unsere hochgerechneten Angaben zum Gesamtangebot dieser Institutionen gut mit den von den Bundesarbeitsgemeinschaften angegebenen Zahlen (ca. 190000 im Jahr 2003; siehe Pettinger & Rollik, 2005). Dies spricht auch dafür, dass unsere Stichprobenziehung angemessen war.

Der Anteil familienbezogener Bildungsangebote an der Gesamttätigkeit von Beratungsstellen ist mit zirka sechs Prozent wesentlich geringer. Es bestätigt sich darin, dass das hauptsächliche Aufgabenfeld dieser Stellen in der Einzelfallarbeit liegt. Durch die relativ große Zahl solcher Einrichtungen ergibt sich aber insgesamt dennoch ein beträchtlicher Umfang (vgl. dazu auch Liebenow, 2005). Aus den 6434 von uns erfassten Veranstaltungen zum Themenbereich lässt sich auf ein Gesamtangebot von ca. 42000 schließen.

Insgesamt zeigt sich, dass sehr verschiedene Institutionen am familienbildenden Angebot in Deutschland mitwirken, wenn auch mit unterschiedlichen Anteilen und je nach Einrichtungstyp mehr oder weniger konsistent. Insbesondere bei den Koordinationsstellen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung, für die Familienbildung nicht in den primären Aufgabenbereich fällt, ergeben sich zwischen den einzelnen Institutionen sehr deutliche Unterschiede in Umfang, Anteil und Schwerpunkten des Angebots. Letztlich sind somit die Familienbildungsstätten nicht nur der Hauptanbieter dieser Maßnahmen, sondern auch hinsichtlich des Umfangs besonders konsistent und bezüglich der Angebotsformen breit gefächert tätig. Bei insgesamt geringerer Intensität gilt dies auch für die selbsthilfeorientierten Vereine.

Die Vielfalt auf Anbieterseite ist einerseits positiv zu sehen. Durch die Verteilung von Angeboten auf verschiedene Stellen ergeben sich für potentielle Teilnehmer vielfältige Anlaufstationen. So bietet sich die Gelegenheit, Familien auch über den „Umweg“ anderer Angebote einer Einrichtung in familienbezogene Präventionsmaßnahmen zu bringen. Von den Beratungseinrichtungen wurde zum Beispiel häufig vermerkt, dass die Teilnehmer über die Einzelberatung für die jeweiligen Angebote gewonnen wurden. Ein über verschiedene Anbieter und Institutionen gestreutes Angebot erhöht daher die Wahrscheinlichkeit, dass Eltern auf für sie hilfreiche Angebote stoßen.

Andererseits kann die Vielfalt der Anbieter potentiellen Teilnehmern auch den Weg zu einem bedarfsgerechten Angebot erschweren, da gerade weniger einschlägige Einrichtungen oft nur über eine geringe Bandbreite an Maßnahmen verfügen. Der von den Einrichtungsleitern teilweise geäußerte Wunsch nach stärkerer Vernetzung und Kooperation ist aus dieser Perspektive zu bekräftigen. Wenn regionale Einrichtungen im Austausch stehen und sich gegenseitig über die jeweiligen Angebote informieren, eröffnet sich die Möglichkeit, die Eltern bei Bedarf auf Veranstaltungen anderer Einrichtungen hinzuweisen und so eine Vermittlungsfunktion zu übernehmen. Bereits die systematische Sammlung von Angeboten, die dann anderen Anbietern, sozialen Diensten oder den Eltern selbst einen schnellen Überblick geben kann, ist eine einfache, aber wirkungsvolle Hilfe (siehe z.B. das „Bremer Elternnetz“ oder die Initiierung von runden Tischen im Landkreis Augsburg, Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, 2003). Die Vernetzung verschiedener Einrichtungen ist außerdem im Rahmen einer gemeinsamen Angebotsplanung sinnvoll. Geschieht dies nicht, so kann sich durch die Vielfalt der Anbieter das Problem ergeben, dass bestimmte Angebotsbereiche parallel versorgt werden, während andere Bedarfslagen unterrepräsentiert bleiben. Die Folge wäre, dass die Einrichtungen teilweise in Konkurrenz zueinander treten statt sich gegenseitig zu ergänzen.

Durch Koordination und Kooperation könnten einzelne Einrichtungen unterschiedliche Schwerpunkte setzen und auf diese Weise Know-how bündeln. Eine solche Bündelung kann zusätzlich dadurch erfolgen, dass sich verschiedene Stellen gegenseitig mit entsprechenden Angeboten versorgen, so dass nicht die Teilnehmer wandern, sondern die Angebote. In unseren Daten zeigt sich beispielsweise, dass in Beratungsstellen insgesamt häufiger Zielgruppen mit besonderen Belastungen angesprochen werden. Außerdem sind hier Elterngruppen, Vortrags- und Fortbildungsveranstaltungen stärker vertreten. In Familienbildungsstätten liegt dagegen ein Fokus auf Veranstaltungen für junge Familien. Hier gibt es besonders viele Eltern-Kind-Gruppen. Die Familienbildungsstätten machen auch relativ häufig Angebote zur Förderung von Alltagskompetenzen oder zur Arbeit mit Familien aus anderen Kulturkreisen. Bei den selbsthilfeorientierten Vereinen sind Familien mehr in die institutionelle Struktur einbezogen. Es gibt einen höheren Anteil an offenen Treffs, der die Schwelle des Zugangs erniedrigt. Solche bereits bestehenden Schwerpunkte können Ansatzpunkte für eine stärkere Konturierung und Vernetzung der Angebotsstruktur einzelner Einrichtungen liefern. Neben der Kooperation auf institutioneller Ebene erfordert dies auch einen gemeinsamen Versorgungsauftrag und eine möglichst koordinierte finanzielle Förderung.

Alle diese Überlegungen bedürfen aber einer Einschränkung: Sie setzen voraus, dass es regional genügend verschiedene Einrichtungen gibt, die kooperieren können. Dies ist nach unserer Bestandsaufnahme primär im städtischen Bereich und in den alten Bundesländern der Fall. Vor allem in ländlichen Gegenden sind zum Beispiel Familienbildungsstätten und selbsthilfeorientierte Einrichtungen selten. Das heißt, dass dort andere Einrichtungen (z.B. die breiter gestreuten Beratungsstellen) sinnvollerweise Angebote aus dem Familienbildungsbereich mit übernehmen. Das scheint zwar zu geschehen, allerdings nur in Maßen und Angebote in ländlichen Regionen bleiben dadurch selten. Soweit es die Finanzierungsstrukturen und Trägerschaften erlauben, wäre daran zu denken, manche Angebote von Familienbildungsstätten so mobil zu gestalten, dass sich ihr spezifisches Know-how auch in strukturschwachen Gebieten nutzen ließe. Im Sinne der oben genannten Kooperationsbestrebungen könnten dann z.B. lokale Einrichtungen der Erziehungsberatung oder Erwachsenenbildung als Anlaufstellen fungieren. Solche Modelle würden freilich eine große Flexibilität hinsichtlich der Ressourcen und „Revierbesetzung“ erfordern.

1.2 Angebote

Die Verteilung der Angebote selbst zeigt, dass Eltern-Kind-Gruppen deutlich überwiegen. Allgemeine Eltern-Kind-Gruppen und solche mit spezifischen sensumotorischen Schwerpunkten (z.B. PEKiP, Babymassage) machen zusammen über die Hälfte der hier erfassten Angebote aus. Mit Ausnahme der Beratungseinrichtungen stellen sie in allen Einrichtungsformen den Schwerpunkt des Angebotes dar. Dieses Übergewicht deckt sich mit der Forderung des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen (2005), gerade junge Familien im Rahmen von Elternbildung zu unterstützen. Diese Angebote sind eine Art Grundversorgung für Personen, die in eine für sie neue Rolle hineinwachsen. Die Begleitung durch Fachkräfte und der Austausch mit anderen Eltern, die sich in der gleichen Lebensphase befinden, kann ihnen dabei helfen, diesen Übergang besser zu bewältigen und die Risiken und Unsicherheiten, die mit der neuen Verantwortung einhergehen, zu verringern. Dementsprechend werden von den Gruppenleitern als zentrale elternbezogene Ziele die Vermittlung von Wissen über die kindliche Entwicklung und die Schaffung eines sozialen Netzwerkes genannt.

In einer unkontrollierten Evaluation des Eltern-Kind-Programmes der Erzdiözese München und Freising (Bäcker-Braun & Pettinger, 2001) zeigt sich, dass die Teilnehmer dieser Gruppen in ihrem subjektiven Urteil von dem Angebot profitieren. Allerdings – und das ist ange-

152

sichts der Vielzahl dieser Angebote überraschend und bedauerlich – liegen nach unserer Erhebung für Eltern-Kind-Gruppen fast keine kontrollierten Studien zur Wirksamkeit vor. Wir konnten nur eine Studie identifizieren, die sich mit dieser Frage auf methodisch angemessenem Niveau befasste. Dabei handelte es sich um eine Untersuchung des Prager Eltern-Kind-Programms (Knödel, 1983). Als Programm, das inhaltlich relativ spezifisch ist, unterscheidet es sich aber stark von den allgemeiner angelegten Spiel- und Kontaktgruppen, die unter den Eltern-Kind-Angeboten mit etwa 80 % deutlich dominieren. Gerade angesichts des sehr breiten Zielkanons, den die jeweiligen Gruppenleiter für ihr Angebot reklamieren, wäre es erforderlich, die Zielerreichung in stichhaltigen Untersuchungen zu überprüfen. Bei aller Plausibilität des präventiven Nutzens von Eltern-Kind-Gruppen ließe sich erst durch systematische empirische Befunde das Potential dieser Maßnahmen klarer abschätzen. Im Grundsatz gilt dieses Problem allerdings für alle Angebotsformen, nicht nur für Eltern-Kind-Gruppen. Hier ist es lediglich angesichts der Vielzahl der Einzelangebote besonders augenfällig.

Eltern-Kind-Gruppen können neben ihrer eigenständigen Funktion der Förderung von familiären und elterlichen Kompetenzen als „frühe“ Angebote auch den Boden dafür bereiten, spätere familienbezogene Präventionsangebote zu nutzen („Türöffnerfunktion“). In der Einschätzung der Kursleiter, sei sie subjektiv oder auf der Basis einer Teilnehmerbefragung, zeigen sich ganz überwiegend positive Ergebnisse. Das bedeutet auch, dass durch die Angebote offenbar das Vertrauen der Teilnehmer in entsprechende Maßnahmen gerechtfertigt wurde oder gesteigert werden konnte. Dies kann dazu beitragen, in späteren Familienphasen familienbezogene Bildungs- und Beratungsangebote zu nutzen. Wahrscheinlich lässt sich in Eltern-Kind-Gruppen auch gut auf das Angebot entsprechender Einrichtungen hinweisen. Vor diesem Hintergrund wäre es sehr wünschenswert, wenn belastete Familien und Familien aus schwächeren Bildungsschichten gerade bei diesen frühen Angeboten stärker vertreten wären.

Gegenüber den Eltern-Kind-Gruppen sind alle anderen Angebotsformen wesentlich seltener. Dies gilt insbesondere für Angebote, die sich primär mit der Förderung von Alltagskompetenzen beschäftigen. Das hat auch mit den Einschlusskriterien in unserer Studie zu tun. Solche Angebote wurden nur näher berücksichtigt, wenn dabei Inhalte im Mittelpunkt standen, die einen klaren Bezug zur Erziehungssituation haben. Das heißt nicht, dass Angebote, die Alltagskompetenzen thematisieren, in dem von uns erfassten Angebot unbedeutend wären. Vielmehr zeigt sich, dass diese Aspekte sehr häufig in anderen Angeboten integriert sind und dort eine wichtige Rolle einnehmen.

1.3 Inhalte und Ziele

Analog zu der breiten Palette an Maßnahmen der familienbezogenen Prävention sind auch die Ziele und die Inhalte der Maßnahmen weit gefächert. Meist wird eine ganze Reihe von Zielen parallel genannt. Dies verdeutlicht, dass die einzelnen Angebote keine isolierten Veränderungen anstreben, sondern die vielschichtigen Faktoren familiärer Interaktion sowie der Elternrolle und der Einbettung ins gesellschaftliche Leben gemeinsam berücksichtigen wollen. Es erscheint allerdings fraglich, inwieweit solch umfassende Wirkungen realistische Zielsetzungen für eine einzelne Maßnahme darstellen.

Insgesamt zeigt sich ein Schwerpunkt bei Zielen, die auf die Eltern bezogen sind. Dem entspricht, dass sie in aller Regel die primären Adressaten der Maßnahmen sind. Ziele auf Kindesseite werden in erster Linie bei Maßnahmen genannt, an denen die Kinder selbst beteiligt sind. Die Bandbreite der Elternziele zeigt auch, dass im Rahmen familienbezogener Präventionsmaßnahmen Eltern nicht nur auf ihre Erzieherrolle reduziert werden.

Es ergeben sich natürlich angebotsspezifische Schwerpunktsetzungen. So steht die Förderung der Eltern-Kind-Beziehung insbesondere bei Eltern-Kind-Gruppen im Vordergrund. Inhaltlich wird dieser Bereich dabei eher latent abgedeckt, d.h. bei Eltern-Kind-Gruppen vorwiegend über gemeinsames Spiel und Bewegung sowie die Vermittlung von entwicklungsbezogenem Wissen. Dies soll es den Eltern ermöglichen, das kindliche Verhalten besser einzuordnen, damit umzugehen und angemessen zu reagieren. Bei Erziehungskursen stehen das Erziehungsverhalten und die Erziehungseinstellungen im Mittelpunkt. Auch dies entspricht den Zielsetzungen. Es verwundert aber ein wenig, dass bei Erziehungskursen kindbezogene Ziele relativ selten genannt werden. Dies ist insofern nachvollziehbar, als Auswirkungen auf die Kinder letztlich „nur“ über die elterliche Stärkung vermittelt werden. Aber das Ziel von Erziehungskursen ist es letztlich, elterliche Kompetenzen zu fördern, welche die kindliche Entwicklung positiv beeinflussen. Ein einseitiger Fokus auf das elterliche Verhalten vernachlässigt zum einen, dass Erziehung ein Wechselwirkungsprozess ist. Zum andern scheint man die direkten Erziehungswirkungen auf die kindliche Entwicklung für selbstverständlich zu halten und dabei wahrscheinlich zu überschätzen. Tatsächlich sind die Zusammenhänge aber nur moderat und von vielen beeinflussenden Bedingungen abhängig (z.B. Harris, 1995; Lösel et al., 2005; Schneewind, 1994). Die Frage ist somit, inwieweit ein Kurs als erfolgreich anzusehen wäre, wenn zwar die elterlichen Ziele erreicht werden, diese Veränderungen aber auf Sei-

ten der Kinder keinen Niederschlag fänden. Wie unsere Meta-Analyse der kontrollierten Evaluationen zeigt, sind die Auswirkungen bei kindbezogenen Erfolgsmaßen in der Regel geringer als bei elternbezogenen Maßen. Dies ist theoretisch erwartbar und sollte dazu Anlass geben, die Effekte beim Kind nicht für selbstverständlich zu halten. Dementsprechend wäre es sinnvoll, wenn die Kursleiter selbst bei den rein auf die Eltern bezogenen Maßnahmen ihre Ziele hinsichtlich der Kinder explizieren. Angesichts des präventiven Charakters von Familienbildung sollte dieser vermittelte Einfluss überprüfbar sein.

Hinsichtlich der Ziele und Inhalte fallen Paar- und Ehevorbereitungsangebote sowie Geburtsvor- und -nachbereitungskurse deutlich aus dem Rahmen. In beiden Fällen werden überwiegend keine erziehungsbezogenen Aspekte verfolgt. Bei Paarangeboten steht die Kommunikation mit dem Partner im Vordergrund. Eine Wirkung auf die Erziehungssituation ergibt sich hier eher indirekt, indem a) die Förderung kommunikativer Kompetenzen auch Rückwirkungen auf die Kommunikation im Rahmen der Erzieherrolle haben kann und b) das familiäre Klima gefördert wird (vgl. Cummings, Goeke-Morey & Papp, 2004; Gabriel & Bodenmann, 2006; Lösel et al., 2004). Solche eventuellen „Spillover-Effekte“ von der Paarbeziehung auf die Erziehung (z.B. Jaurisch, 2003) werden bei den Angeboten kaum thematisiert. Auch sie sind aber normalerweise nicht so ausgeprägt, dass man sie als selbstverständlich voraussetzen sollte. Bei den Angeboten rund um die Geburt ist dieses Problem allerdings weniger wichtig, denn hier stehen praktische Fragen der Geburt sowie der Versorgung und der Gesundheit des Säuglings im Vordergrund. Deshalb fungieren in diesem Bereich auch überwiegend Hebammen als Kursleiterinnen. Die Konzentration auf die Geburt dürfte in besonderem Maße den Bedürfnissen und Erwartungen der Teilnehmer entsprechen. Deshalb wäre es sinnvoll, wenn diese Kurse auch Anknüpfungspunkte für die weitergehende Angebote z.B. in Form von Eltern-Kind-Gruppen böten.

In der konkreten Umsetzung der Inhalte besteht ein Schwerpunkt bei Methoden, die die Teilnehmer aktiv einbeziehen. Zwar ist die Informationsvermittlung in Form von Vorträgen eine regelmäßig angewandte Strategie, sie steht jedoch selten im Vordergrund. Oft wird sie durch praktische Übungen, strukturierte Gruppenarbeit oder freie Gespräche ergänzt. Lediglich bei den Kursen zur Geburtsvor- und -nachbereitung überwiegen die Vortragsanteile, was wiederum dem Informationsbedürfnis der Teilnehmer entsprechen dürfte. Bei der Gewichtung der einzelnen Elemente, bei der die Aktivität der Teilnehmer im Vordergrund steht, ergeben sich angebotsspezifische Schwerpunkte. So überwiegen vor allem bei offenen Treffs, aber auch bei

Eltern-Kind-Gruppen freie Gespräche gegenüber strukturierter Gruppenarbeit (inklusive moderierten Diskussionen) und Verhaltensübungen. Letztere sind bei den insgesamt stärker strukturierten Erziehungs- und Paarkursen häufiger.

Angesichts der Ergebnisse aus der Meta-Evaluation ist insbesondere der Einbezug von üben- den Elementen positiv zu bewerten, da sie das unmittelbare Verhalten betreffen und Unsicherheiten im konkreten elterlichen Handeln reduzieren helfen (vgl. auch Beelmann, 2006). Bei primär gesprächsorientierten Vermittlungsmethoden ergibt sich das Problem, dass die Kompetenzen zunächst nur auf einer mentalen Ebene zur Verfügung stehen und der Schritt, sie in kompetentes Handeln umzusetzen, erst noch gemacht werden muss. Bei den Elternkursen sind Verhaltensübungen und Rollenspielen zwar häufiger als bei anderen Angebotsformen, aber im Durchschnitt machen sie doch nur etwa ein Sechstel des Gesamtkurses aus. Bei einem mittleren Kursumfang von etwa 15 Zeitstunden entspricht dies lediglich zwei bis drei Stunden insgesamt bzw. 15 Minuten in einer 90minütigen Sitzung. Unterstellt man allerdings den Hausaufgaben, dass auch sie häufig die praktische Umsetzung von Erlerntem beinhalten, so liegt dieser zeitliche Anteil bei den Kursteilnehmern höher.

2 Bedarfsanalyse

Die Einrichtungsleiter geben generell einen sehr viel höheren Bedarf an familienbezogenen Präventionsangeboten an als ihn die derzeitige Versorgung abdecken kann. Inwieweit dies auf dem Motiv beruht, die eigene Arbeit aufzuwerten, kann nicht gesagt werden. Unter diesem Vorbehalt ist festzustellen, dass vor allem eine generelle Förderung von Erziehungskompetenzen für notwendig erachtet wird. Spezifischere Schwerpunkte lassen seltener ausmachen. So werden vor allem von Familienbildungsstätten mehr niederschwellige Angebote gefordert und hinsichtlich der Zielgruppen findet sich ein Trend, Familien in Belastungssituationen stärker zu berücksichtigen. Zwar nennt man in diesem Bereich eine Reihe von spezifischeren Belastungssituationen, doch zeigt sich auch hier eher ein grundsätzlicher Bedarf.

Dass sich bei der Bedarfsanalyse mehr Grundtendenzen als spezifische Defizite zeigen, dürfte auch damit zusammenhängen, dass es sich um eine deutschlandweite Befragung handelt und nur die Anbieterseite einbezogen ist. Vermutlich würden bei regionalen Detailerhebungen die spezifischen Bedarfslücken deutlicher. Hierfür können Befragungen der Einrichtungsleiter bzw. direkte Erhebungen bei den Nutzern von Bildungsmaßnahmen herangezogen werden

(z.B. häufige Themenwünsche, Teilnehmerzahlen und Nachfrageveränderungen bei einzelnen Angeboten). Insbesondere wären aber Informationen über die Nichtnutzer relevant. Durch sie könnten besondere Lücken im Angebot und/oder in der Verbreitung von Informationen aufgedeckt werden. Neben direkten Befragungen von potentiellen Teilnehmern und anderen Experten (z.B. Sozialarbeiter, Pädagogen aus verwandten Bereichen) sollten Sozialraumanalysen herangezogen werden. Sie könnten Informationen über die soziodemographische Verteilung der Bevölkerung und damit über eventuell unterversorgte Zielgruppen liefern (vgl. Eichholz et al., 2001). Der von der Bertelsmannstiftung erstellte „Wegweiser Demographie“⁴ kann hier z.B. als Hilfsmittel dienen. Unter Verwendung solcher Quellen ließen sich auf regionaler Ebene klarere Profile hinsichtlich des Bedarfs und notwendiger Verschiebungen oder Erweiterungen des vorliegenden Angebots herausarbeiten.

Bei einer Bedarfsanalyse ist auch zu fragen, inwieweit sie sich als eine Nachfrageanalyse versteht oder von einem normativen Standpunkt ausgeht. Denn teilweise wird auch dort ein Bedarf bestehen, wo die Nachfrage gering ist. So erweisen sich Väter trotz zunehmender Beteiligung an Präventionsangeboten noch weitgehend als Randgruppe. Im Rahmen der zielgruppenbezogenen Bedarfsangaben werden sie auch selten genannt. Dabei ist die erzieherische Bedeutung von Vätern durchaus anerkannt und obwohl auch heute die traditionelle Rollenverteilung überwiegt, sind sich Väter ihrer Erziehungsverantwortung bewusster und engagieren sich stärker (vgl. Fthenakis, 1999). Auch der aktuelle Gesetzesentwurf der Bundesregierung zu Elterngeld und Elternzeit erhöht mit einem zweimonatigen „Partnerbonus“ den Anreiz, dass sich auch Väter schon in der frühen Familienphase stärker in die Erziehung einbinden. Die Frage ist also, ob nicht tatsächlich mehr Bedarf an „Väterbildung“ besteht. Männer sind durchaus als Teilnehmer zu gewinnen, allerdings besteht offenbar eine höhere Einstiegschwelle. Angebote, die bereits im Titel besonders Väter ansprechen oder von männlichen Kursleitern durchgeführt werden, können helfen, Schwellen zu überschreiten (Boeser, 2001; Gonser & Helbrecht-Jordan, 1994; Pettinger & Rollik, 2005).

⁴ Online unter: <http://www.wegweiserdemographie.de>

3 Gezielte Prävention und niederschwellige Angebote

3.1 Familien mit besonderen Belastungen

Neben einer allgemeinen Intensivierung von familienbezogenen Präventionsmaßnahmen wird insbesondere bei Familien mit Problemkonstellationen eine Stärkung des Angebots gefordert. Von den vorliegenden Angeboten richtet sich ca. ein Drittel an Gruppen mit besonderen Belastungen. Bei einem Vergleich der jeweiligen Anteile der Maßnahmen mit den entsprechenden Bevölkerungsanteilen ergeben sich nur geringe Unterschiede. So richten sich etwa 17 Prozent der Maßnahmen an allein Erziehende, was ein wenig unter dem Bevölkerungsanteil von 20 Prozent liegt (Statistisches Bundesamt, 2005a). Acht Prozent der Maßnahmen für Familien mit Migrationshintergrund steht ein ausländischer Bevölkerungsanteil von etwa neun Prozent gegenüber (Statistisches Bundesamt, 2005b). Die gezielten Maßnahmen, die sozial schwache Familien ansprechen, liegen mit einem Anteil von 11,2 Prozent relativ nahe an der im Armutsbericht der Bundesregierung mitgeteilten Armutsrisikoquote von 13,9 Prozent (Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2005).

Diese Zahlen zeigen, dass sich die familienbezogenen Bildungsangebote nicht überproportional an besonders belastete Risikogruppen wenden. Hinzu kommt, dass bei den gezielten Präventionsmaßnahmen eine geringere Durchführungsfrequenz angegeben wurde. Die tatsächlichen Anteile der Maßnahmen liegen also de facto etwas niedriger. Überdies sind die gezielten Maßnahmen meist nicht exklusiv für eine einzelne Zielgruppe; oft werden mehrere Faktoren gemeinsam genannt. Dies entspricht den realen Verhältnissen, da einzelne Belastungsfaktoren in der Regel nicht isoliert voneinander auftreten, sondern zusammen vorkommen. So ist beispielsweise der Migrantensstatus häufiger mit geringerem Haushaltseinkommen und Bildungsniveau verknüpft, so dass sich sozial schwache Familien und Familien mit Migrationshintergrund in Teilen überschneiden. Dies gilt auch für andere Belastungsfaktoren. Gerade eine solche Kumulation einzelner Risikofaktoren führt zu ungünstigen Entwicklungen beim Kind (vgl. Lösel & Bender, 2003). Ein anderes Problem beim Vergleich der genannten Anteile ist, dass der ausgedrückte Wunsch, bestimmte Zielgruppen zu erreichen, nicht unbedingt die reale Versorgung dieser Gruppen widerspiegelt. So zeigt sich beispielsweise bei Maßnahmen, die sich an sozial schwache Familien wenden, eine breit gestreute Teilnehmerschaft. Im Schnitt nahmen hier 12,5 Prozent Personen aus der oberen Mittelschicht und Oberschicht teil. Umgekehrt sind sozial schwächere Familien auch in Angeboten repräsentiert, die diese nicht speziell als Zielgruppe angeben. Im Trainingsalltag kann eine gewisse Mischung der Klientel durchaus hilfreich sein. Ein mittlerer Unterschichtanteil von insgesamt ca. 15 Prozent ver-

158

weist jedoch darauf, dass diese Bevölkerungsgruppe von der Familienbildung nicht ausreichend erreicht wird (für Vergleichsdaten siehe z.B. Knopf, Ellert & Melchert, 1999). Insbesondere bei den Familienbildungsstätten liegt der Anteil mit unter zehn Prozent noch niedriger. Für die anderen Zielgruppen lässt sich eine entsprechende Analyse der konkreten Teilnehmer mangels detaillierter Daten nicht vornehmen. Im Analogschluss würde man hier ähnliche Verhältnisse vermuten.

Selbst eine für die Bevölkerung repräsentative Abdeckung wäre insgesamt unbefriedigend. Wenngleich sich präventive Arbeit keineswegs auf mehr oder weniger stark belastete Familien beschränken sollte und universelle Maßnahmen gerade der Entstehung bestimmter familiärer Belastungen vorbeugen wollen, besteht doch bei diesen Gruppen ein besonderer Bedarf. Die Ergebnisse unserer Meta-Analyse zur Wirkungsforschung legen außerdem nahe, dass ein stärkerer Schwerpunkt bei den Risikogruppen gesetzt werden sollte, weil man hier durchaus Erfolge haben kann.

Ein gezielter Präventionsansatz ist vor allem bei Elterngruppen, aber auch bei offenen Treffs und freizeitpädagogischen Angeboten häufig. Das entspricht den jeweiligen Schwerpunkten der verschiedenen Angebotsformen. So sind Elterngruppen und offene Treffs oft in irgendeiner Form auf spezifische Problemsituationen bezogen und sollen gerade hier niederschwellig sein. Konkret haben sie einen weniger offensichtlichen pädagogischen Charakter als z.B. Erziehungskurse. Dies mag gerade für bildungsfernere Gruppen attraktiv sein. Wie sich am Alter der Kinder zeigt, handelt es sich dabei aber auch um Maßnahmen, die eher in späteren Familienphasen genutzt werden. Gerade bei Angebotsformen, die sich an Eltern in frühen Lebensphasen wenden (v.a. Maßnahmen rund um die Geburt und Eltern-Kind-Gruppen; teilweise auch Paar- und Ehevorbereitungsangebote), werden nur selten besonders belastete Zielgruppen angesprochen. Dies ist insofern nachvollziehbar als dort in höherem Maße eine allgemeine Versorgung angestrebt wird. Selbst unter diesem Vorbehalt würde man allerdings eine zumindest repräsentative Abdeckung erwarten. Dies wäre auch wünschenswert, um nachfolgenden Problementwicklungen schon früh vorzubeugen. Solche Angebote könnten gleichzeitig dazu genutzt werden, einen „Einstieg“ von Risikogruppen in präventive Bildungsangebote für spätere Familienphasen vorzubereiten.

Auch Erziehungskurse finden in nur einem Drittel der Fälle als gezielte Maßnahmen statt. Wenn dies geschieht, so handelt es sich dabei relativ häufig um Familien, in denen die Kinder

bereits Auffälligkeiten entwickelt haben. Familien mit strukturellen Belastungen sind dagegen unterrepräsentiert. Diese Verteilung entspricht zwar einerseits der Nachfragemotivation, da die Bereitschaft, Unterstützung in Erziehungsfragen einzuholen, vermutlich mit der erlebten Überforderung durch ein „schwieriges“ Kind wächst. Andererseits kann ein unangemessener Erziehungsstil bereits eine Ursache für weitergehende Belastungen im Erziehungsalltag sein. Die Entwicklung von Verhaltensproblemen bei Kindern hängt auch mit strukturellen Belastungen der Familien zusammen. So zeigen sich beispielsweise in der Erlangen-Nürnberger Entwicklungs- und Präventionsstudie (Lösel, Beelmann, Jaurisch & Stemmler, 2004) bereits im Vorschulalter deutliche schichtbezogene Unterschiede in der Problemintensität. Und gerade bei den Kindern mit stärkeren Problemen hat das untersuchte Eltern- und Kindertraining kurz- und langfristige Effekte.

Dass gezielte Interventionsmaßnahmen stärkere Effekte aufweisen, zeigt sich auch in unserer Meta-Analyse der Wirksamkeitsstudien und in internationalen Studien (z.B. Farrington & Welsh, 2003; Lösel, 2005; Lösel & Beelmann, 2003). Das heißt nicht, dass universelle Präventionsmaßnahmen, die sich an alle Familien wenden, nicht wirksam seien. Auch hier ergeben sich positive Nachweise. Die Effektstärken sind deshalb geringer, weil viele Programmteilnehmer solche Maßnahmen eigentlich nicht nötig hätten. Gleichwohl reduzieren sie Gruppen mit hoher Belastung, indem die Risikoverteilung in der Bevölkerung etwas in den positiven Bereich verschoben wird (Rose, 1992). Universelle Angebote haben zudem den Vorteil, dass sie die Schwelle niedrig halten und mögliche Stigmatisierungen bei der Auswahl von Risikogruppen vermeiden (vgl. Le Blanc, 1998; Lösel, 2003). Dadurch können sie solchen Gruppen die Teilnahme erleichtern und einen Einstieg in intensivere Maßnahmen anbahnen. Angesichts der günstigen Ergebnisse gezielter Prävention ist es im Sinne einer zielbezogenen Arbeit wünschenswert, vermehrt dort anzusetzen, wo Problemkonstellationen vorliegen.

In der Einschätzung der Kursleiter zeigt sich dies nicht; den gezielten Maßnahmen wird sogar weniger Erfolg zugetraut. Hierbei stellt sich die Frage welche Kriterien bei der Erfolgsbeurteilung zugrunde liegen. Bei kontrollierten Evaluationen werden auch positive Veränderungen abgebildet, wenn das Ergebnis noch nicht im wünschenswerten Bereich liegt. Bei der subjektiven Einschätzung dürfte dagegen einfließen, dass der Umgang mit Risikogruppen schwieriger ist und das wahrgenommene Verhalten trotz Fortschritten noch immer ungünstiger ist als in anderen Teilnehmergruppen. Objektivere Erfolgsmaße müssen somit keineswegs als eine eventuelle „Bedrohung“ für Kursleiter gesehen werden, sondern könnten sogar zur erlebten

Selbstwirksamkeit beitragen. In diesem Zusammenhang muss aber auch betont werden, dass sowohl die Erfolgseinschätzung gezielter Maßnahmen als auch die Beurteilung ihrer Implementation in unserer Befragung nicht negativ war. Die Kursleiter äußerten sich lediglich weniger positiv als bei den universellen Maßnahmen.

3.2 Akzeptanz und Niederschwelligkeit gezielter Angebote

Die Implementation gezielter Interventionen steht vor verschiedenen Schwierigkeiten. Ein Problem ergibt sich aus der Bereitschaft der Zielpersonen, an spezifischen Maßnahmen teilzunehmen. Zwar können sich die Betroffenen durch „passgenaue“ Angebote eher angesprochen fühlen (vgl. Smolka, 2002), andererseits dürften sie aber Angebote weniger akzeptieren, in denen sie sich als „Problemfälle“ behandelt und isoliert vorkommen (vgl. Schiersmann et al., 1998).

Die Reichweitenprobleme bei spezifischen Zielgruppen scheinen nicht zuletzt mit der Ansprache der Teilnehmer zusammenzuhängen. Obwohl die gezielten Maßnahmen häufiger aktive Strategien anwenden als die universellen Maßnahmen, überwiegt auch hier eine Komm-Struktur. Angebote wie Hausbesuchsprogramme mit ihrer ausgeprägten Geh-Struktur waren äußerst selten und in der Literatur gerne zitierte Kurskonzepte wie HIPPY oder Opstapje wurden in der detaillierten Darstellung von Maßnahmen überhaupt nicht genannt.

Die Praxis einer überwiegend passiven Rekrutierung hat zwei Schwächen: Erstens ist dadurch die Nachfrage wenig steuerbar. Zweitens setzt das „Warten“ auf Teilnehmer voraus, dass die wichtigsten Zielgruppen überhaupt von den Angeboten erfahren. Zum Beispiel dürften sozial schwache Gruppen als eher bildungsferne Klientel von sich aus weniger Informationen über familienbezogene Angebote suchen. Eltern sind mit dem Begriff „Familienbildung“ oft nicht vertraut und kennen die institutionellen Strukturen dieses Bereiches nicht. Zum Teil wissen sie gar nicht, dass es entsprechende Angebote gibt (vgl. Smolka, 2002). Mit Hilfe verstärkter Öffentlichkeitsarbeit könnte dagegen ein Nachfrage- bzw. Bedarfspotential stärker ausgeschöpft werden. Beispielsweise wurden in München gute Erfahrungen mit Öffentlichkeitsarbeit über Kinospots, Infoscreens in der U-Bahn und andere Medien gemacht (siehe Rupp, Oberndorfer & Mengel, 2004).

Eine andere Möglichkeit, die Angebote sichtbarer zu machen, besteht darin, sich an Orte zu begeben, die bei den (potentiellen) Teilnehmern Teil des Alltages sind (z.B. Schulen, Kinder-

gärten, Kindertagesstätten, Betriebe). In etwa einem Drittel der bei uns erfassten Angebote geschieht dies zumindest teilweise. Neben einer räumlichen Kooperation kann auch eine strukturelle Vernetzung erfolgen. Über die Zusammenarbeit mit Personen und Institutionen, die den potentiellen Teilnehmer aus ihrem Alltag bekannt und vertraut sind (z.B. auch Sportvereine, Kliniken/Ärzte), können Quellen für die Vermittlung entsprechender Angebote geschaffen werden. Das gilt auch für die Einrichtungen untereinander. Eine gezielte Zusammenarbeit ermöglicht es, den Bedarf und Angebotsprofile zu vergleichen und eventuell gegenseitig Angebote zu vermitteln. Obwohl beim weitergehenden Bedarf in erster Linie nach der Angebotsseite gefragt wurde, nannten viele Befragte eine verstärkte Kooperation und Vernetzung. Das heißt, die Chancen und Potentiale, die sich aus einer solcher Zusammenarbeit ergeben, sind den Einrichtungsleitern sehr bewusst. Die in den letzten Jahren etablierten lokalen Bündnisse für Familie können als Beispiele für solche Kooperationen dienen und sowohl in inhaltlicher als auch ökonomischer Hinsicht Synergieeffekte erzeugen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2005). Hinsichtlich der unterschiedlichen Ausgestaltung und des Erfolgs wäre hierzu eine vergleichende Evaluation wünschenswert.

Natürlich darf bei der Erweiterung von Rekrutierungsstrategien nicht die Freiwilligkeit der Teilnahme zur Disposition gestellt werden. Es geht aber darum, die Kontakt- und Informationshürden zu senken. Bei multipel belasteten Familien sollte gleichzeitig darüber nachgedacht werden, inwieweit die finanziellen Unterstützungssysteme und die ärztliche Versorgung auch für einen Einstieg in die psychosoziale Familienförderung genutzt werden könnten (Stichwort: „Integrierte Hilfe“). Denn bei Fehlentwicklungen setzen die Maßnahmen nach dem Jugendhilfegesetz nicht selten relativ spät an.

Eine andere Hürde stellt die finanzielle Belastung der Teilnehmer dar. Insbesondere Teilnehmer aus schwächeren finanziellen Verhältnissen werden Schwierigkeiten oder Vorbehalte haben, ihre verfügbaren Mittel für Angebote der Familienbildung auszugeben. Unsere Auswertungen zeigen dementsprechend, dass gerade eine sozial schwächere Klientel eher über kostenfreie bzw. günstigere Angebote erreicht werden kann. Dies setzt entsprechende Ressourcen der Einrichtungen voraus. Hier zeigen die Angaben zur finanziellen Ausstattung allerdings, dass in den letzten Jahren bei einem Großteil der Einrichtungen ein erheblicher Rückgang der öffentlichen Mittel registriert wurde. Viele Einrichtungen versuchen, dies durch alternative Finanzierungsstrategien zu kompensieren. Durch diese Bemühungen werden aber Ressourcen gebunden, die wiederum auf der Angebotsebene fehlen. Problematisch ist auch

die Kompensation über vermehrte oder erhöhte Teilnehmergebühren. Durch sie erhöhen sich einerseits die Zugangsschwellen. Andererseits werden personelle Ressourcen dazu verwendet, kostenpflichtige Kurse durchzuführen, deren Ertrag wahrscheinlich teilweise zur Gegenfinanzierung von anderen Angeboten verwendet wird. Auch hierdurch reduziert sich indirekt die Versorgung besonders bedürftiger Zielgruppen mit niederschweligen Angeboten.

Es besteht somit ein fataler Kreislauf, der gerade die ohnedies unzureichende Versorgung der Risikogruppen beeinträchtigt. Angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte wäre es unrealistisch, auf ein wieder deutlich verstärktes Engagement von dieser Seite zu setzen. Allerdings sollten die Befunde dazu Anlass geben, mittel- und längerfristige Finanzierungskonzepte zu entwickeln, die den Einrichtungen eine ausreichende Planungssicherheit gibt und vor allem die dringliche Versorgung der besonders belasteten Zielgruppen kostenfrei ermöglicht. Auf dieser Basis könnten die Einrichtungen ihre bereits jetzt bestehenden alternativen Finanzierungsstrategien so weiterentwickeln, dass sie weniger den Charakter einer Notfallreaktion haben, sondern zu einer bedarfsgerechten Allokation von Ressourcen führen.

4 Qualitätssicherung und Evaluation

Die Themen Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung haben in der Familienbildung seit etwa Mitte der 90er Jahre zunehmend an Bedeutung gewonnen. Das in Zusammenarbeit mit dem BMFSFJ und den Bundesarbeitsgemeinschaften für Familienbildung durchgeführte Modellprojekt (Schiersmann, Thiel & Pfizenmaier, 2001) und die in der Folge angebotenen Fortbildungsveranstaltungen sowie das Projekt „Qualitätsmanagement in Familienbildungsstätten (QuiF)“ des Erzbistums Köln dokumentieren dies beispielhaft. Die hierdurch geförderten Qualitätsentwicklungsansätze legen das Hauptaugenmerk auf die institutionelle Ebene. Auf der Ebene der konkreten Einzelmaßnahmen haben sich diese wichtigen Initiativen aber nach unseren Ergebnissen noch nicht sehr deutlich niedergeschlagen.

4.1 Maßnahmenbezogene Qualitätssicherung

Formen der Qualitätssicherung wurden für knapp drei Viertel der Maßnahmen berichtet. Überwiegend bestehen sie in Fortbildungen (v.a. bei Kursleitern in Familienbildungsstätten) oder Supervision (v.a. Beratungsstellen). Dabei handelt es sich zum Teil um allgemeine Maßnahmen, die sich nicht nur auf das betreffende Angebot beziehen, sondern die Gesamttätigkeit der Kursleiter betreffen. Zur allgemeinen Qualitätssicherung trägt wahrscheinlich auch bei,

dass die Kursleiter überwiegend eine pädagogische Ausbildung haben und in der Hälfte der Fälle eine spezielle Kursleiterschulung durchlaufen haben.

Gezieltere Formen der maßnahmenbezogenen Qualitätssicherung durch Teilnehmerbefragungen werden seltener angeführt. Mehrheitlich handelt es sich dabei um ein persönliches und mündliches Feedback der Teilnehmer an die Kursleiter. Solche persönlichen Rückmeldungen können zweifellos hilfreiche Hinweise liefern. Sie enthalten aber unter anderem folgende Probleme: Erstens sind sie sehr anfällig für Antworten im Sinne der sozialen Erwünschtheit. Ausgeprägt negative Teilnehmerrückmeldungen gibt es erfahrungsgemäß selten, weil solche Mitteilungen von den meisten Menschen als unangenehm erlebt werden. Zum zweiten besteht die Gefahr der selektiven Wahrnehmung und Interpretation von Rückmeldungen durch die Kursleiter. Und drittens sind informelle mündliche Rückmeldungen schwer zu dokumentieren und über verschiedene Kurse hinweg schlecht vergleichbar.

Systematische Formen der Teilnehmerrückmeldung werden sehr selten eingesetzt. Auch andere Daten zur Durchführungsqualität erfasst man noch zu wenig systematisch. Dies gilt zum einen für Indikatoren auf Teilnehmerseite, z.B. wie zufrieden die Teilnehmer mit dem Angebot sind und wie regelmäßig sie teilnehmen. Zum andern mangelt es an routinemäßigen Daten auf der Angebotsseite, z.B. zur Güte der Implementierung oder zum Grad der Zielerreichung. Diese Befunde decken sich auch mit den Ergebnissen einer Kursleiter-Befragung von Arnold und Wieckenberg (1999) zur Qualitätssicherung bei kirchlichen Trägern der Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz.

4.2 Implementations- und Wirkungsanalysen

Dort, wo die Kursleiter Angaben zu Implementationsproblemen machen, beziehen sich diese in erster Linie auf organisatorische Aspekte. Diese spielen zwar eine wichtige Rolle, sind aber nur ein Teil der möglichen Probleme. Insbesondere geht es um die Frage, ob die Maßnahme in inhaltlicher Hinsicht adäquat umgesetzt wurde. Das ist besonders relevant, wenn man sich auf Wirksamkeitsprüfungen des jeweiligen Kurskonzeptes beruft, die andernorts stattgefunden haben. Jede Wirksamkeitsprüfung kann nur über das Programm Aussagen machen, das konkret untersucht wurde. Die Übertragung auf andere Durchführungskontexte ist keineswegs selbstverständlich, da z.B. ein charismatischer Kursleiter, eine besonders motivierte Klientel, ein gutes Gruppenklima, günstige Rahmenbedingungen und andere Faktoren zum Erfolg einer Maßnahme beitragen. Selbstverständlich kann nicht jede einzelne Durchführung oder auch

Kursserie innerhalb einer Einrichtung kontrolliert evaluiert werden, sondern man muss sich an andernorts durchgeführten Studien orientieren. Dies setzt aber voraus, dass überhaupt einschlägige Evaluationen vorliegen und dass die eigene Maßnahme auch tatsächlich in der vorgesehenen Form umgesetzt wurde. Je stärker die Abweichungen sind – ob unbeabsichtigt oder in Form gezielter Modifikationen – umso weniger können andere Wirksamkeitsnachweise auf die eigene Arbeit übertragen werden. Dies gilt natürlich in besonderem Maße für Studien, die in einem anderen kulturellen Kontext durchgeführt wurden. Modifikationen können durchaus sinnvoll sein, wenn zum Beispiel bestimmte Zielgruppen besser angesprochen werden sollen oder wenn man durch zusätzliche Themen und Methoden ein Konzept verbessern will. In diesen Fällen handelt es sich jedoch nicht mehr um das evaluierte Konzept und die Zielerreichung müsste erneut überprüft werden.

Da es sich bei psychosozialen Interventionen um sehr komplexe Interaktionen und keine normierte Technologie handelt, sind möglichst replizierte Evaluationen wünschenswert. Davon ist man nach unseren Befunden in der deutschen Familienbildung weit entfernt. Zum Gros der erfassten Angebote gibt es keinerlei kontrollierte Evaluation der Wirksamkeit. Geht man, wie dargestellt, von jährlich fast 200000 realisierten Angeboten aus, dann erscheinen die 27 einigermaßen kontrollierten Evaluationsstudien wie ein winziger Geleitzug auf einem Ozean der Aktivität. Hinzu kommt, dass sich das Gros der Studien nur auf Erziehungskurse bezieht und die methodische Qualität meist moderat ist. Dies bestätigt das große Defizit der psychosozialen Präventionsforschung in Deutschland (vgl. Beelmann, 2006; Lösel, 2004, Heinrichs et al., 2002). Erst in allerjüngster Zeit bemüht man sich hier um eine Verbesserung des Kenntnisstands (z.B. Hanisch et al., 2006; Heinrichs et al., 2006, Lösel et al., 2006; Spröber et al., 2006). Hierbei geht es zumeist um relativ stark strukturierte Programme für Eltern und Kinder. Nach unserer Befragung sind die in der Familienbildung durchgeführten Maßnahmen jedoch überwiegend selbst entwickelt, modifiziert oder greifen auf noch nicht systematisch evaluierte Konzepte zurück. Ob und in welchem Umfang die Ziele dieser Angebote tatsächlich erreicht werden, lässt sich allenfalls durch Plausibilitätsannahmen begründen. Eine empirische Prüfung kann dadurch freilich nicht ersetzt werden.

Um Missverständnissen vorzubeugen, sei betont, dass wir keineswegs generell für stark strukturierte Maßnahmen plädieren. Ein auf Manualen basierender Ansatz führt zwar überwiegend zu besseren Effekten als ein wenig strukturiertes Vorgehen. Unsere Meta-Analyse zeigt jedoch auch die Tendenz, dass ein strukturierter Ansatz mit einem gewissen Maß an Flexibilität

besonders Erfolg versprechend ist. Dieser Befund ist international neu und bedarf weiterer Bestätigung. Er ist jedoch keinesfalls ein Argument dafür, dass die überwiegend selbst konstruierten und nicht-manualisierten Angebote der Praxis ähnlich wirken.

Natürlich ist es unrealistisch, von den Einrichtungen selbst umfassende und methodisch kontrollierte Evaluationen zu verlangen. Es müssen aber mehr Forschungsprojekte durchgeführt werden, die sich prototypisch bestimmten Maßnahmen widmen. Die Übertragung der Ergebnisse auf nachfolgende Umsetzungen könnte dann durch eine gut dokumentierte Qualitätssicherung gefördert werden. Externe Evaluationen würden nicht nur den Ressourcen der Einrichtungen besser gerecht, sondern machen die Befunde objektiver und damit glaubwürdiger. In etlichen Interventionsbereichen zeigt sich, dass externe Evaluationen im Vergleich zu internen Untersuchungen zu geringeren Effekten führen. Dies dürfte unter anderem ein Ausdruck für die höheren methodischen Standards in Umgebungen sein, die professionell Evaluationen durchführen (vgl. Petrosino & Hayduk, 2005). Auch in unserer Meta-Analyse der deutschen Familienbildung ergaben sich bei den methodisch stichhaltigsten Studien geringere Effekte. Insgesamt sind solche Arbeiten aber noch viel zu selten.

Bei der zweifellos berechtigten Forderung nach mehr kontrollierter Evaluation stellt sich natürlich die Frage der Finanzierung. Hier reicht die übliche Einzelförderung in der Wissenschaft nicht aus, da methodisch komplexe Evaluationen einen relativ langen Zeitraum und erhebliche Mittel erfordern. Bessere Möglichkeiten bieten Schwerpunktprogramme, bei denen aber oft der Grundlagencharakter im Vordergrund steht und weniger die routinemäßige Praxis. Ein weiterer Weg wird zum Teil im Ausland begangen: Wenn Mittel für die Durchführung nicht evaluierter Programme bereitgestellt werden, sollte ein bestimmter Prozentsatz für die systematische Evaluation und Begleitforschung reserviert werden. Dies würde zumindest mittelfristig dazu führen, dass Ressourcen effektiver eingesetzt werden können als dies ohne eine empirische Basis der Fall ist. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass es sich bei der Evaluation keineswegs immer um groß angelegte Studien mit einem optimalen Design (z.B. mit randomisierten Kontrollgruppen) handeln muss. Auch kleinere systematische Analysen können durchaus zum Kenntniserwerb beitragen, vor allem wenn sie an verschiedenen Einrichtungen in ähnlicher Weise durchgeführt werden. Hierbei empfiehlt es sich, seitens der Träger oder Einrichtungen vermehrt Kontakte zu lokalen Universitäten oder Fachhochschulen aufzubauen. Manche aussagekräftige Evaluationsstudien haben sich zum Beispiel mit geringen Kosten im Rahmen von Diplomarbeiten durchführen lassen.

Auch die Einrichtungen selbst können weniger aufwendige Ergebnisprüfungen vornehmen. So sind Befragungen der Teilnehmer zur Zufriedenheit und zu subjektiven Wirkungen ein Mindeststandard, der relativ leicht einzuhalten wäre. Hierdurch ließen sich Vergleichsdaten für verschiedene Angebote und auch im zeitlichen Verlauf gewinnen. Eine Möglichkeit zur objektivierten Erfassung von Kriterien bieten einfache Wissensabfragen zu behandelten Themen oder Fragen zu spezifischen Zielbereichen (z.B. zu Beginn, im Verlauf und am Ende einer Maßnahme). Solche Ansätze sind zwar keine kontrollierten Wirkungsevaluationen, können aber dazu beitragen, das Angebot zu optimieren.

4.3 Leitfragen für die Evaluation von Maßnahmen

Um die dargelegte Qualitätssicherung innerhalb der Einrichtungen zu erleichtern, werden abschließend einige Fragen formuliert, die man sich zu den einzelnen Maßnahmen stellen sollte. Diese Fragen entsprechen grob dem Konzept einer umfassenden Evaluation im Sinne von Rossi, Freeman und Lipsey (2004). Da die Kriterien der Qualität je nach Angebot und Kontext unterschiedlich sind, sollen die Fragen nur als grobe Orientierungen verstanden werden. Die einzelnen Maßnahmen sind in der Regel in einen weiteren Kontext eingebettet. Die Fragen sollten daher vor dem Hintergrund institutionsspezifischer und eventuell einrichtungsübergreifender Überlegungen beantwortet werden (z.B. unter Berücksichtigung des Leitbilds der Einrichtung oder von Bedarfsanalysen).

1. Konzept

In dieser Phase stehen konzeptionelle Überlegungen im Mittelpunkt, auf die sich die spätere Bewertung beziehen soll. Bei neu zu konzipierenden Maßnahmen können sie deren Entwicklung unterstützen, bei bereits eingeführten Maßnahmen müssen die Antworten eventuell nachträglich rekonstruiert werden. Nicht selten sind sie bei älteren Maßnahmen eher implizit. Wichtig ist, dass bereits die Antworten zu den Vorüberlegungen auch dokumentiert werden, um sich in späteren Bewertungsschritten darauf beziehen zu können.

- a. Wer soll an der Maßnahme teilnehmen (Definition der Zielgruppe)? Wodurch ist der spezielle Bedarf dieser Gruppe begründet?
- b. Auf welche Weise sollen die Zielpersonen für die Teilnahme gewonnen werden?

- c. Welche Ziele sollen erreicht werden (Zielexplication)? Woran lässt sich die Zielerreichung empirisch festmachen?
- d. Welches theoretische Konzept liegt der Maßnahme zugrunde? Wie sollen die konkreten Vorgehensweisen bei der Durchführung der Maßnahme aussehen? Wie klar sind sie auf das dahinter stehende Konzept bezogen? Lässt sich plausibel begründen, dass die Umsetzung des Konzeptes zur Erreichung der Ziele beiträgt (Programmkonzeption und theoretische Explication)?
- e. Welche organisatorischen Rahmenbedingungen müssen gegeben sein bzw. geschaffen werden (z.B. Räumlichkeiten, personelle und technische Voraussetzungen, Kooperationsvereinbarungen)?

2. Implementierung

Hier steht die Überprüfung der Durchführung im Zentrum. Insbesondere geht es um die Frage, inwieweit sich die Überlegungen der ersten Stufe bei der konkreten Umsetzung der Maßnahme wieder finden.

- a. In welchem Umfang wurden die Strategien zur Mobilisierung der Zielgruppe umgesetzt? Wie ist die Reichweite der Maßnahme?
- b. Wurde tatsächlich die definierte Zielgruppe in das Angebot gebracht und konnte sie im Programm gehalten werden? Falls nicht, was waren die Gründe hierfür?
- c. Entsprach die konkrete Durchführung in ihren inhaltlichen Schwerpunkten und pädagogischen Vorgehensweisen dem ursprünglichen Konzept?
- d. Gab es besondere Schwierigkeiten bei der Umsetzung? Wie hängen diese mit Merkmalen des Angebots, der Zielgruppe oder anderen Faktoren zusammen?

3. Zielkontrolle

In diesem Rahmen sind Fragen zu beantworten, die sich auf die Ergebnisse der Maßnahme beziehen.

- a. Wie bewerteten die Teilnehmer die Maßnahme?
- b. Wurden die inhaltlichen Ziele erreicht bzw. erfolgte eine Verbesserung in den angestrebten Zielen? In welchen Bereichen gab es mehr oder weniger Erfolge? Existierten unerwünschte Nebenwirkungen?

- c. Liegen kontrollierte Wirkungsprüfungen zu der Maßnahme aus der eigenen Einrichtung vor? Gibt es solche Studien aus anderen (vergleichbaren) Umsetzungen des Konzepts? Lässt sich eine eigene Evaluationsstudie durchführen?
4. Effizienzbewertung
- Wie steht die Zielerreichung im Verhältnis zum Aufwand? Gibt es kostengünstigere Ansätze, um die Ziele in ähnlicher Weise zu erreichen?

Um die Praxis nicht zu sehr mit vermeintlich bürokratischem Mehraufwand zu belasten, sollte ein solcher Fragenkatalog bewusst einfach und knapp gehalten werden. Die mit der Zeit anfallenden Ergebnisse können nicht nur innerhalb der Einrichtung, sondern auch zum Zweck der Außendarstellung genutzt werden. Wie unsere Ergebnisse zeigen, sind mit der Evaluation verbundene Befürchtungen hinsichtlich negativer Bewertungen und Konsequenzen in der Regel nicht begründet. Dort, wo systematische Prüfungen stattfanden, zeigten sich eher bessere Bewertungen als in rein subjektiven Einschätzungen.

Die einrichtungsinterne Qualitätssicherung muss freilich längerfristig in einen allgemeinen Rahmen eingebettet werden. Dazu sollten bundesweite Standards entwickelt werden, die als Grundlage für Akkreditierungssysteme dienen können. Auch hier gilt es, eine angemessene Balance zwischen Aufwand und Nutzen zu finden. Auf keinen Fall sollte eine aufwendige Bürokratie mit geringer Sachkompetenz geschaffen werden. Durch die Zusammenarbeit von Praxis und Wissenschaft ließen sich relativ kostengünstige Akkreditierungsgremien für Angebote der Familienbildung schaffen. Eine solche Einrichtung hätte durchaus eine gewisse Überwachungsfunktion. Diese sollte aber nicht im Vordergrund stehen. Denn letztlich geht es darum, im Interesse aller Beteiligten die Maßnahmen und den Ressourceneinsatz zu optimieren. Im Kern ist Evaluation gerade keine Kontrolle von außen, sondern ein Weg, auf dem ein System über sich selber lernt.